



Band 4. Reichsgründung: Bismarcks Deutschland 1866-1890
Kronprinz Friedrich Wilhelm beschreibt ein Treffen des preußischen Staatsrats
(17. Januar 1871)

Kronprinz Friedrich Wilhelm (1831-1888) war der Sohn des preußischen Königs und deutschen Kaisers Wilhelm I. sowie der Vater Kaiser Wilhelms II. Vom 9. März bis 15. Juni 1888, also nur 99 Tage lang, regierte er Preußen und Deutschland als Kaiser Friedrich III. Bereits einige Zeit vor seiner Thronbesteigung hatte man bei ihm Kehlkopfkrebs festgestellt, und alle chirurgischen und anderen Versuche, die Krankheit aufzuhalten, schlugen fehl. Es war bekannt, dass er weniger reaktionäre Ansichten vertrat als sein Vater, sein Sohn und Bismarck, teilweise aufgrund des Einflusses seiner Frau, der Prinzessin Victoria, der Tochter Queen Victorias von Großbritannien. Allerdings war Friedrich III. nicht in dem Maße auf einen liberalen Kurs eingeschworen, wie viele seiner Zeitgenossen und einige Historiker meinten. Der folgende, aus dem Tagebuch des Kronprinzen entnommene Text beschreibt eine Zusammenkunft zwischen Wilhelm I., dem Kronprinzen und Bismarck einen Tag vor der Proklamation des Deutschen Reichs im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1871. Selbst zu diesem Zeitpunkt herrschte noch tiefe Uneinigkeit über den Titel, den Wilhelm als neues Oberhaupt Deutschlands annehmen würde. Bismarck hielt den Titel „Kaiser von Deutschland“ für unangebracht, weil die Fürsten der anderen deutschen Staaten ihn als erniedrigend für sie betrachteten. Dasselbe galt für den Titel „Kaiser der Deutschen“. Eine Lösung wurde während der eigentlichen Zeremonie erdacht: Wilhelm würde lediglich als „Deutscher Kaiser“ tituiert werden. Ein Vergleich dieses Berichts mit Bismarcks Erinnerung an dieselben Diskussionen erweist sich als sehr ergiebig.

Hauptquartier Versailles, den 17. Januar 1871

Beim König fand nachmittags eine Sitzung statt, welcher Graf Bismarck, Hausminister v. Schleinitz und ich beiwohnten. Als Graf Bismarck dem Hausminister von Schleinitz im Vorzimmer begegnete, sagte er ihm ziemlich barsch, er begriffe eigentlich nicht, was der Bundeskanzler gemeinschaftlich mit dem Hausminister beim König verhandeln solle. In überheiztem Zimmer wurde drei Stunden über den Titel des Kaisers, die Benennung des Thronfolgers, die Stellung der Königlichen Familie, des Hofes und Heeres zum Reich usw. beraten.

Hinsichtlich des kaiserlichen Titels bekannte Graf Bismarck, daß bereits bei den Verfassungsbesprechungen die bayerischen Abgeordneten und Bevollmächtigten die Bezeichnung „Kaiser von Deutschland“ nicht hätten zulassen wollen, und daß er endlich ihnen zuliebe, aber allerdings, ohne Se. Majestät vorher zu fragen, diejenige eines „Deutschen Kaisers“ zugestanden habe. Diese Bezeichnung, mit welcher gar kein eigentlicher Begriff zu verbinden ist, mißfiel dem König ebenso wie mir, und wir taten unser möglichstes, um an ihrer

Statt das „von Deutschland“ zu erlangen. Graf Bismarck blieb jedoch dabei [. . .]. Ferner suchte er zu beweisen, daß der Ausdruck „Kaiser von Deutschland“ eine Territorialmacht, die wir über das Reich gar nicht besäßen, bedeute, während dagegen „Deutscher Kaiser“ die natürliche Konsequenz des ehemaligen imperator romanus sei. So mußten wir uns leider fügen, wenn es mir auch gar nicht gefallen will.

[. . .]

Bei diesem Anlaß entspann sich eine recht peinliche Debatte über das Verhältnis von Kaiser zu König, weil Se. Majestät, den alten preußischen Traditionen zuwider, einen Kaiser höher als einen König stellt. Beide Minister und ich mit ihnen widersprachen dieser Ansicht aufs entschiedenste unter Berufung auf die historischen Dokumente unserer Archive, in denen König Friedrich I. bei Anerkennung des russischen Zaren als eines Kaisers ausdrücklich hervorgehoben hat, daß derselbe niemals den Vorrang vor dem preußischen König haben dürfe. Ferner ward angeführt, daß König Friedrich Wilhelm I. selbst bei der Begegnung mit dem deutschen Kaiser verlangt habe, gleichzeitig mit demselben in ein Zelt, das zwei Eingänge besaß, einzutreten, damit jener nicht den Vorrang vor ihm beanspruche. Endlich hob Graf Bismarck auch noch hervor, daß König Friedrich Wilhelm IV. nur aus der bekannten, ihm persönlich eigentümlichen Demut vor Österreich das Prinzip der Unterordnung unter das erzherzogliche Haus jenes Kaiserstaates eingeführt habe. Der König wurde aber durch jene Belege keineswegs überzeugt, geriet vielmehr in Zorn und erklärte, daß, da König Friedrich Wilhelm III. bei Begegnungen mit Kaiser Alexander I. bestimmt habe, daß letzterem als Kaiser der Vortritt gebühre, auch gegenwärtig der Wille des königlichen Vaters für ihn maßgebend und entscheidend sei. Ferner könnten wir auch unsere Ansprüche auf Rangerhöhung der englischen Königsfamilie gegenüber nicht durchführen, welcher anerkanntermaßen der Vorrang vor allen übrigen Fürstenthäusern Europas zustehe. Als indessen im Lauf der Verhandlung bestimmt ward, daß unsere Familie unsere gegenwärtige Stellung beibehalten sollte, sprach der König seinerseits wieder das Verlangen aus, die Gleichstellung derselben mit kaiserlichen Häusern auszudrücken. Bestimmt ward schließlich, daß hierüber nichts festgesetzt werden sollte [. . .]

Die Frage der Reichsfarben erregte wenig Bedenken, da der König nichts Wesentliches gegen eine schwarzweißrote Kokarde einwandte, um so weniger als, wie er sich ausdrückte, selbige nicht wie die schwarzrotgoldene aus dem Straßenschmutz erstiegen wäre; doch würde er obige dreifarbige nur neben der preußischen dulden.

Das von Graf Bismarck und mir vorgeschlagene Wappen fand nicht Widerspruch, ward aber auch nicht ausdrücklich angenommen.

Je deutlicher sich nun aber die Konsequenzen von „Kaiser und Reich“ im Lauf der Verhandlungen zeigten, desto aufgebracht wurde der König. Schließlich brach er in die Worte aus, nur ein Scheinkaisertum übernehme er, nichts weiter als eine andere Bezeichnung für „Präsident“; er müßte sich mit einem Major vergleichen, dem der „Charakter als Oberstleutnant“

verliehen worden sei. Nun es soweit gekommen wäre, müßte er zwar dieses Kreuz tragen, doch wollte er dafür auch der alleinige sein, weshalb er sich verbäte, daß man von ihm erwarte, der preußischen Armee eine gleiche Zumutung wie seiner eigenen Person zu machen; er wolle daher nichts von einem „Kaiserlichen Heere“ hören, weil er wenigstens unsere Armee vor dergleichen bewahren möchte und nicht dulden könnte, daß die Truppen gar „deutsche“ Namen und Bezeichnungen sich gefallen lassen müßten. Die Marine möge „die Kaiserliche“ genannt werden. Ferner sagte er in äußerster Aufregung, er könne uns gar nicht schildern, in welcher verzweifelten Stimmung er sich befände, da er morgen von dem alten Preußen, an welchem er allein festhielte und fernerhin auch festhalten wollte, Abschied nehmen müßte. Hier unterbrachen Schluchzen und Weinen seine Worte.

[. . .]

Unverrichteter Sache und einer den anderen fragend, was nun eigentlich geschehen würde, verließen wir die Präfektur. Unter solchen Eindrücken leiteten wir die zu morgen angesetzte großartige deutsche Feier ein!

Quelle: *Kaiser Friedrich III. Tagebücher von 1848-1866*, Hg. Heinrich Otto Meisner. Leipzig: R.F. Koehler, 1926.

Abgedruckt in Johannes Hohlfeld, *Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten 1849-1926*, 2 Bde., Berlin: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, 1927, Bd. 1, S. 69-76.